

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verkauf und Verwaltung: Drag 11., Arifajants 15. • Zetephe: 26795, 31409. • (Nachredaktion): 26797 • Postfachamt: 57344

13. Jahrgang.

Freitag, 27. Jänner 1933

Nr. 23.

Roosevelts Vorarbeit für die Schuldenrevision.

Washington, 26. Jänner (Neuer.) Roosevelt hat beschlossen, eine Beratungskommission zu gründen, die aus demokratischen Mitgliedern des neuen Kongresses zusammengesetzt ist und ihm täglich über die Stimmung im Kongress in der Frage der Kriegsschuldenrevision berichten soll. Man erwartet, daß es Roosevelt gelingen werde, die Kongressmitglieder, die gegen die Revision sind, umzustimmen.

Und Englands Vorbehalte.

London, 26. Jänner. Der Vorbehalt, den die britische Regierung in ihrer Antwortnote an die Vereinigten Staaten gemacht hat, wird in seiner Bedeutung von der Morgenpresse nachdrücklich unterstrichen. Die Äußerungen der Blätter zeugen davon, welche Unruhe das amerikanische Verlangen, die Schuldenerörterung mit einer Erörterung der Weltwirtschaftsprobleme zu verknüpfen und sie davon abhängig zu machen, in den Londoner Regierungskreisen hervorgerufen hat. Es herrscht Einigkeit darüber, daß die Vertreter Großbritanniens keine bindenden Zusagen als Kaufpreis für eine Schuldenerörterung machen könnten.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ spricht von einer kaum verbüllten Bedrohung Großbritanniens durch die Vereinigten Staaten. Es sieht schon die Washingtoner Schuldenerörterung gescheitert und damit die Weltwirtschaftskonferenz zum Scheitern verurteilt.

Numerus clausus für Prügel.

In Prügelnde erhalten amtliche Legitimationen. — Skandal an der Wiener Techn.

Wien, 26. Jänner. (Eigenbericht.) Die morgige „Arbeiterzeitung“ schreibt, daß an der Wiener Technischen Hochschule, die ganz unter hakenkreuzförmigen Einfluß steht, ein geradezu mittelalterlicher Verfassungszustand zu beobachten wurde. Die Hochschule gibt durch den „Arbeiter“ zu erkennen, daß sie sich seit einiger Zeit ganz im Geiste der „Arbeiterzeitung“ befindet. Die Legitimationen für die Prüfungen unterscheiden sich ganz wesentlich von denen aller anderen Höheren Schulen und haben offenbar den Zweck, die hakenkreuzförmigen Einflüsse zu bekämpfen und diese an den Prügel zu liefern. Die „Arbeiterzeitung“ erklärt, daß gegen diesen Verfassungszustand sofort mit aller Energie eingeschritten werden wird.

Blutige Streikunruhen in Lodz

Warschau, 26. Jänner. (Eig. Draht.) In dem größten Textilunternehmen des Lodzer Reviers, der Widzmer Manufaktur, wo die streikenden Arbeiter bisher vergeblich auf den letzten Wochenslohn warteten und deshalb seit fünf Tagen die Fabrik nicht verlassen haben, kam es zu blutigen Unruhen.

Die Polizei drang in die Fabrikräume und vertrieb die hungerigen und erschöpften Arbeiter gewaltsam. Es kam zu Zusammenstößen. Dreißig Arbeiterinnen und Arbeiter wurden zum Teil schwer verletzt.

Die Schloßer Manufaktur in Lodz, mit einer dreitausendköpfigen Belegschaft, ist ebenfalls stillgelegt worden.

Poliziedemonstration gegen Schleicher.

Heimannsberg — Verironenomann der preussischen Polizeibeamten.

Der Verhandlungstag der preussischen Polizeibeamten wählte am Mittwoch zum Vorsitzenden des Verbandes den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Oberst Heimannsberg. Er erhielt 9 von 15 abgegebenen Stimmen. Die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses löste eine Menge langweilige Besprechungen aus. Sie waren eine Demonstration gegen die Kommunisten.

Wahlresultat de Valeras.

Dublin, 26. Jänner. (Neuer.) Bis halb 7 Uhr abends waren folgende Ergebnisse der Wahlen in das irische Parlament bekannt: 36 Anhänger de Valeras, 18 Parteilose, 18 Anhänger der Unionisten, 18 Unabhängige und drei Abgeordnete des Fenians.

Furchtbares Blutbad in Dresden.

Neun Tote, zwölf Schwerverletzte in einer kommunistischen Versammlung.

Dresden, 26. Jänner. (Eigenbericht.) Der kommunistische „Kampfbund gegen den Faschismus“ veranstaltete Mittwoch abends im Reglerheim in Dresden eine Versammlung, in der Oberleutnant a. D. Fracderich sprach. Als Fracderich die Kampfmethoden des Faschismus besprach und die Arbeiter aufforderte, im Kampfe gegen den Faschismus die gleichen Methoden anzuwenden, erklärte der überwachende Polizeioffizier die Versammlung für aufgelöst. Unter den Versammelten entstand großer Tumult, sie brachen in lebhaften Protestrufen aus, worauf die Polizei den Saal unter Anwendung des Gummiknüppels zu räumen begann. Während der Polizeibericht behauptet, daß im gleichen Augenblick, da die Räumung begann, von der Galerie mit Stühlen, Biergläsern und anderen Gegenständen geworfen und geschossen worden sei, weisen nicht nur kommunistische, sondern auch bürgerliche Berichte darauf hin, daß der Saal bei Beginn der Schießerei schon zu zwei Dritteln geräumt war. Die Polizeibeamten, die angeblich, sich bedroht gefühlt zu haben, erschossen, insbesondere gegen die Galerie, ein Schnellfeuer. Die Wirkung war furchtbar: neun Tote und zwölf Schwerverletzte blieben auf dem Platze.

Augenzeugen berichten, daß auf der Galerie mit einer Schreckschloß geschossen worden sei und daß die Kommunisten die Versammelten vorher von der Galerie aus in Sprechbüchsen aufgefordert haben, den Saal nicht zu räumen. Die Räumung begann jedoch trotzdem und wäre auch ohne das verbrecherische Eingreifen der Polizei ohne Opfer vollendet worden.

Im ganzen wurden etwa 30 scharfe Schüsse abgefeuert; die Toten und Verletzten weisen zahlreiche Rückenwunden auf. Das ist ein Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung, die Polizei habe in Notwehr gehandelt.

Es ist erwiesen, daß die Polizeimannschaft unter dem Kommando nazi-freundlicher Offiziere stand, die als Todfeinde der Kommunisten bekannt sind.

Im Sächsischen Landtag wurde der fürchterliche Zwischenfall ausführlich behandelt; die Sozialdemokratie brachte einen Antrag ein, in dem bestritten wird, daß das Vorgehen der Beamten gerechtfertigt war. Es wird die Dienstenthebung der schuldtragenden Polizeibeamten und die Einsetzung eines unparteiischen Untersuchungsausschusses gefordert.

Die Erklärung des sächsischen Innenministers versucht die Tat der Polizei zu rechtfertigen und die Verantwortung den Veranlassern der Versammlung aufzuheben. Sie sagt kein Wort der Kritik gegen die Polizei, fordert jedoch von der Reichsregierung das Aufheben der Versammlungsfreiheit. Die Reichsregierung hat denn auch prompt angelündigt, daß sie „gewisse notwendige Maßnahmen“ zu ergreifen bereit sei.

Sturm im Sächsischen Landtag.

Dresden, 26. Jänner. Im Sächsischen Landtag verteidigte heute der Innenminister Richter das Vorgehen der Polizei. Er erklärte dabei, daß die Beamten ohne Befehl nach den Stellen der Galerie geschossen haben, von denen aus sie beworfen oder beschossen worden seien. Die Erklärungen riefen stürmische Widerspruch bei den Kommunisten und Sozialdemokraten hervor.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß die Vorfälle im Versammlungsraum durch Beamte untersucht werden, die nicht der Dresdener Polizei angehören, daß die Beamten, die das Schießen anordneten, sofort vom Dienst ent-

hoben werden und daß ein Landtagsausschuß die Vorfälle untersuche.

Versammlungsverbot für Dresden.

Dresden, 26. Jänner. Alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden sind von der Polizei verboten worden.

Streik im Sachsenwerk.

Dresden, 26. Jänner. Im Zusammenhang mit den Vorgängen im Reglerheim in Dresden ist die über 800 Mann betragende Belegschaft des Sachsenwerkes in Niederfelditz heute mittags in den Demonstrationsstreik getreten.

Die letzte Budgetgruppe in Verhandlung Parlamentsplenium für Dienstag einberufen.

Prog, 26. Jänner. Mit dem Beginn der Finanzdebatte ist die Aussprache im Budgetausschuß heute nachmittags in ihr letztes Stadium getreten. Aller Voraussicht nach wird die Budgetdebatte im Ausschuß nach dreiwöchiger Dauer morgen abends oder spätestens Samstag mittags beendet sein. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat daher bereits die Dispositionen über den Beginn der Budgetdebatte im Plenum getroffen und die nächste Plenarsitzung des Hauses für Dienstag, den 31. Jänner um 10 Uhr früh anberaumt. In dieser Sitzung wird bereits der Bericht des Budgetausschusses aufgelegt werden, den der Reichert Kemmer in dieser Woche vorlaufend bereits so weit wie möglich fertiggestellt hat. Aus Ersparungsgründen wird der Bericht diesmal kürzer gehalten sein; auch die stöckigen Diagramme sollen wegfallen. — Die eigentliche Debatte wird dann Mittwoch beginnen.

Vorher müssen in der Budgetdebatte jedoch noch zwei Fragen klargestellt werden: ob und in welchem Umfang es zu Änderungen, d. h. Verschiebungen der Ausgabenposten innerhalb der einzelnen Ressorts kommt — wobei an eine Änderung der Gesamtsummen der einzelnen Ressorts kaum gedacht wird —, und zweitens, was mit der Bewirtschaftung im Finanzjahr geschehen soll, durch die das Finanzministerium, ohne von der Sache viel Aufhebens zu machen,

die Endfrist für die Anmeldungen zur Bankensanierung bis Ende September verlängern wollte.

Der Herr Finanzminister hat es vorgezogen, sich über diese Angelegenheit im Motivbericht vollständig auszuschweigen; im Siedenerausschuß wird er aber doch wohl näher Erklärungen darüber abgeben müssen, wozu diese Verlängerung eigentlich gut sein soll. Wie wir hören, hält es der Budgetreferent Genosse Kemmer für seine Pflicht, über diese Angelegenheit auch dem Plenum in seinem Budgetreferat reinen Wein einzuschütten.

Die Änderungen im Budget sollen vor allem das Schulministerium betreffen, wo die Posten für Volkshochschule und Studentenfürsorge erhöht werden sollen, ferner das Fürsorgeministerium (Erhöhung des Postens für Jugendfürsorge) und vor allem das Verteidigungsministerium, das sich dazu wird begnügen müssen, die zwölf Millionen, die es etwas vorläufig am Sold der Soldaten zu ersparen suchte, in anderen Posten einzusparen.

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung des Hauses stehen zwei belanglose Zusatzprotokolle (Anlagenabkommen) zum Schweizer Handelsvertrag und das Postenabkommen mit Deutschland sowie das Staatsvertrag mit Rumänien. Dieser soll die Wahl der Mitglieder der Sparkommission vorgenommen werden.

Froschmäusekrieg.

Es ist eine unsagbar tragikomische Situation, in die unsere Hakenkreuzler unter der glorreichen Führung der Jung und Krebs geraten sind. Nur kurze Zeit ist es her, daß die Nazis Pech und Schiefel auf alle deutschen Parteien regnen ließen, ihnen die Anhänger und besonders die Jugend abtrieben, sie als verfallt, vermorcht, feige, schwächlich, jammerlappig brandmarkten, ihnen den nahen politischen Tod ankündigten und sich als die alleinige radikale deutsche Partei aufspielten, neben der zu existieren keine andere das Recht habe. Und jetzt: wie hat sich alles gewandelt! Nicht nur daß die Nazis marktschreiernde Schreie nach der nationalen Einheitsfront ausstießen, kein fehnlicheres Verlangen trugen, als mit jenen, denen sie Kampf bis auf Messer und den unvermeidlichen Garaus ankündigten, eine Front „von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten“ zu schaffen, regnen jetzt hogelicht Dohn, Sport und Beschuldigungen der erbärmlichsten Feigheit auf sie nieder. Im Parlament, in der Presse und in Versammlungen sind es gerade die Deutschbürgerlichen, die sich auf die ehemals als „rauhe Kämpfer“ maskierten Gaukler stürzen, ihnen ein Spiegelbild vorhalten, sie der Feigheit bezichtigen und vor ihnen ausspühen. Die Varenhäuter in der Rolle der Verprügelten, wobei sie auf die Prügel nicht anderes zu antworten wissen, als daß es „unter ihrer Würde“ ist darauf zu entgegnen — das ist wahrhaftig ein Schauspiel für Götter!

Welcher Rollentausch! Bisher haben die Nazirechner den Mund vollgenommen, haben über die anderen deutschbürgerlichen Parteien — von den Marxisten gar nicht zu reden — zu Gericht, Lanzeten sie als die Ewiggestrigen, die Ueberalterten und Lauen ab, jetzt da die „Stürmer und Dränger“ des Wehmütigen zu Kreuze kriechen, halten die so Gekennzeichneten mit ihnen Abrechnung und nicht gerade sanfte. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses, vor demselben Forum, vor dem sich die Herren Jung und Krebs in solcher Equilibristik produziert haben, also vor den Augen des „tschechischen Erbfeindes“, hat der deutschnationale Abgeordnete Dr. Cassold eine regelrechte Stümpfung der nationalsozialistischen Helden vorgenommen. Daß Jung das Dritte Reich abschwor, Hitler verriet und immerzu beteuerte, daß seine Partei durchaus auf dem Boden des Staates stehe, die Gesetze nicht verletzen wolle und jede Gewalt verwerfe, nannte Cassold einen „Gang nach Canossa“ und er hat zu verstehen, daß die Tischen für eine solche Haltung nur Verachtung übrig haben können. In einem in der deutschnationalen Presse veröffentlichten Artikel legt Doktor Cassold seinen Angriff gegen die Canossagänger fort, meint, die Nationalsozialisten wären radikal gewesen, solange sie keinen Widerstand fanden, doch kaum habe sich ein solcher erhoben, so habe die entsetzte politische Öffentlichkeit von den Führern sofort Dinge zu hören bekommen, die man weder erwartet, noch jemand den Nationalsozialisten zugetraut hätte. Und zum Schluß erklärt er von der nationalsozialistischen „Auf-den-Boden-des-Staates-Stellerei, Rederei und Schmiererei“, daß sich einem bei solcher Politik langsam der Magen umdrehe. Bismarck noch schlimmer erging es Herrn Krebs in einer Versammlung in Ringelsheim (Bezirk Deutsch-Gabel), wo ihm ein zufällig anwesender Sekretär der Deutschen A. W. Gemeinschaft, Herr Lerch, entgegentrat und ihm vorhielt, die Nationalsozialisten hätten ihren jugendlichen Zuhörern jahrelang betäubenden Wein kredenzt, um jetzt einzugestehen, daß „sie auch nur mit Wasser lachen“. Daß seinerzeit in Deutschböhmen die nationalsozialistische Partei gegründet worden ist, das fand Herr Lerch durchaus in Ordnung, wohl weil die deutschbürgerlichen Parteien ihrer eine Art Filiale haben, dann bestimmt, die Anzahl Arbeiter dem marxistischen Lager anzuschließen, mit der späteren Entwicklung der

Partei dagegen sei er nicht einverstanden, offenbar, weil die Nazis nun auch den bürgerlichen Parteien die Anhänger wegfielen und noch dazu mit weit größerem Erfolge, als es ihnen bei den Sozialdemokraten gelang. Mit der deutschen Jugend sei da ein unaufrichtiges Spiel getrieben worden, sagte Lerch, doch nun auf einmal habe sich der rosende Elefant des Nationalsozialismus als ein politisch harmloses Lamm entpuppt und da sei es kein Wunder, wenn sich jetzt eine große Zahl von Sudetendeutschen „die Augen reißt“. Sowohl Herrn Daffold wie Herrn Lerch wußte Krebs nicht anders zu antworten, als indem er sich auf seine „Würde“ berief, unter der es gelegen wäre, sich mit solchen Anwürfen zu befassen.

Die Nazis müssen es sich also jetzt gefallen lassen, daß ihnen wegen ihrer nunmehr in wälsche Staatsreue umgeschlagenen Demagogie gehörig der Pelz gewaschen wird und gerade von denen, mit denen sie sich so gerne eine „nationale Widerstandsfront“ schließen möchten. Es ist aber auch gar zu einladend, sie wegen ihres „Umfalles“ anzuprangern. Wenn man den Herrn Krebs beispielsweise im Tone der Treueherzlichkeit versichern hört, er sei seinerzeit nur deshalb ins Braune Haus nach München gefahren, um bei Hitler die Zusage einzuholen, daß sich dieser nicht in die Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen einmischen werde und wenn man liest, was der „Tag“ noch am letzten Samstag geschrieben hat, nämlich, daß von der Hitlerbewegung doch nur „gewisse Äußerlichkeiten wie Braunhemd usw.“ übernommen worden sind, so daß kein Anlaß auf tschechischer Seite bestehe, hier eine Verbindung zu konstruieren, so muß man schon sagen, daß die nationalsozialistischen Führer es den deutschbürgerlichen Parteien allzu leicht gemacht haben, für die ausgestandene Angst und den gebahnten Kerger Rache zu nehmen und sich dabei selber aufs hohe Ross zu setzen. Wir sind keine Fachmänner für „deutsche Treue“ und unterlassen es daher, zu beurteilen, inwieweit es diesem Begriff entspricht, des windelweich gewordenen Nazis einen Bericht ihrer bisherigen politischen Ideale vorzuwerfen. Ueber das eine aber sind wir uns vollkommen klar: heute haben die Brüder auseinander herum, doch morgen vielleicht schon, wenn es gegen die Sozialdemokraten gehen wird, werden sie wieder in einer einzigen Front stehen, die jetzt, da die eine Feilsang rabiat gewesenem Soklenkreuzer treu und bieder beteuern, daß sie auch nichts anderes wollen, als andere deutsche Parteien, um so leichter zu schließen sein wird. Der Kroschmäuselkrieg wird vorübergehen, aber nicht vernessen werden wir die Charakteristik, mit der sich die Streitkräfte gegenwärtig so ausgiebig bedenken.

Die Konsumvereine als Preisregulatoren.

Eine Antwort auf agrarische Angriffe.

In Besprechung des Kapitels Ernährungsministerium erklärte es Genosse Hadenberg in der Budgetdebatte als die wichtigste Aufgabe der Regierung, auf dem Gebiete der Preisregulierung Latein zu setzen. Die Löhne der Arbeiter, die Bezüge der Privat- und öffentlichen Angestellten wurden bereits reduziert und eine Linderung der Not kann nur herbeigeführt werden, wenn auch die Kleinhandelspreise in ein richtiges Verhältnis zu den Großhandelspreisen gebracht werden.

In der Debatte wurden von agrarischer Seite einigemal die Konsumvereine angegriffen und von ihnen gefordert, sie mögen auf dem Gebiet der Preisregulierung bahnbrechend vorgehen. Dort, wo unsere Konsumvereine sich z. B. mit der Fleischauschrottung beschäftigen, wirken sie tatsächlich bereits stark preisregulierend. Wir haben Konsumvereine, erklärte Hadenberg, in denen wir 8 bis 10 K für Rindfleisch zahlen. Ich möchte nur wünschen, daß die agrarische „Jemka“ in Prag auch solche Preise erzielt! Auch die Arbeiterbäckereien wirken preisregulierend. Nach der Erhöhung der Preisen wollten die Bäcker in manchen Orten die Semmelpreise um 5 Heller erhöhen, als aber unsere Arbeiterbäckereien nicht mitmachten, mußten sie davon Abstand nehmen. Wenn unsere Genossenschaften in manchen Artikeln die Preise halten müssen, so darf man nicht übersehen, daß sie kein kapitalistisches Unternehmen sind, sondern daß das, was an Gewinn erzielt wird, wieder den Mitgliedern zugute kommt!

Unbezügliche Gerüchte über eine Schiefererei in Pardubitz.

Prag, 26. Jänner. Heute waren in der Republik und insbesondere in Brünn und Umgebung Meldungen verbreitet, daß es Donnerstag, den 26. Jänner, in Pardubitz zu einer Schiefererei kam. Von kompetenter Stelle wird mitgeteilt, daß diese Meldungen jedweder sachlichen Grundlage entbehren. Die Ruhe und die Ordnung wurde seit dem Vorkrieg in Brünn nirgends gestört und die Polizei hatte in Pardubitz keinen Anlaß zum Einschreiten.

Agrarisch-industrielle Einheitsfront gegen die 40-Stunden-Woche.

Angriffe im Budgetausschuß gegen Genossen Dr. Czech.

Prag, 26. Jänner. Im Budgetausschuß wurden heute von agrarischer wie von nationaldemokratischer Seite ziemlich heftige Angriffe gegen den Fürsorgeminister Genossen Dr. Czech wegen seiner offenen Stellungnahme für die Arbeitszeitverkürzung gerichtet.

Dubichy (Agr.), der sich eigens zu diesem Zwecke für heute in den Ausschuß hatte delegieren lassen, erklärte, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur individuell von Unternehmen zu Unternehmen und keineswegs generell und dauernd durchgeführt werden könne; vor allem könne sich die Arbeitszeitverkürzung nicht auf die Landwirtschaft beziehen.

Dann kam Dubichy auf sein zweites Stedenpferd, die Kollierung, d. h. bei ihm grundsätzlich Verschlechterung der Krankenversicherung, zu sprechen. Die Leistungen der Krankenversicherung müßten „umgebaut“, d. h. verschlechtert werden, während man dafür die Alters- und Invaliditätsversicherung verbessern „könne“. Es sei die Pflicht des Fürsorgeministers, die Kollierung der Sozialversicherung durchzuführen, sonst würden wir in katastrophale Zustände geraten. Auch bei uns müsse sich der Grundgedanke durchsetzen, daß wir in der Sozialpolitik nur so viel haben können, als sich das Volk durch gemeinsame Arbeit verdient.

Ein besonderes Kapitel widmete Dubichy den Ausführungen des Fürsorgeministers über die Wohnungsfrage. Wie dessen Standpunkt zu den Wohnungs- und Baugesetzen könne er nicht überstimmen. Die Regierung sollte den geänderten Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt Rechnung tragen und sich auf Richtlinien einigen, die die Wohnungsfrage nicht „durch neue Eingriffe komplizieren“. Es müsse ein bestimmtes Programm zur schnellen Erneuerung der Freiheit des Hauseigentums (!) verabschiedet werden: „Keine neuen Eingriffe, die die Freiheit des Eigentums beschränken und die private Unternehmertätigkeit unterbinden!“

Der neue Zolltarif.

Werden die Gewerkschaften bei seiner Ausarbeitung übergegangen werden?

Wie bekannt, zählt zu den nächsten Aufgaben der Regierung auch die Ausarbeitung eines neuen Zolltarifs. Es scheint nun, daß man sowohl im Handelsministerium, als auch in der handelspolitischen Sektion des Außenministeriums die Angelegenheit als eine reine Unternehmertieme betrachten. Darauf deutet die Nachricht hin, daß der Sektionschef des Handelsministeriums Dr. Beroutka und der Ministerialrat desselben Ministeriums Dr. Dohl sowie der Sektionschef Dr. Friedmann des Außenministeriums an einer Sitzung des handelspolitischen Ausschusses der Zentrale der tschechoslowakischen Handels- und Gewerbelamern teilgenommen haben, auf deren Tagesordnung die Festlegung der Richtlinien für die Ermittlungen der Handelskammern betreffend die Revision des Zolltarifs stand. Es wurde beschlossen, in den einzelnen Zweigen der Erzeugung zu erheben, ob das bisherige System der Zölle nicht Lücken enthält, die durch eine entsprechende Regelung der Zölle ausgefüllt werden soll. Die gesammelten Anträge sollen dann unter Teilnahme der Industrieverbände und eventuell auch der Landeskulturräte systematisch verarbeitet werden.

Man ist daran gewöhnt, daß die Beamten des Handelsministeriums — das eine Domäne der Nationaldemokraten ist — bei den Unternehmertugungen sich wie jubauwe fühlen. Daß aber der Herr Dr. Friedmann, der handelspolitische Unterhändler des Staates, sich einzig und allein in der Gesellschaft von Fabrikanten und Großunternehmern sehen läßt und daß es ihm noch nie eingefallen ist, etwa bei einer gewerkschaftlichen Tagung zu erscheinen und sich zu interessieren, was denn die Arbeiter zu den handelspolitischen Fragen zu sagen haben, das muß einmal festgestellt werden. Es muß dem Herrn Dr. Friedmann gesagt werden, daß Handelsverträge nicht allein Sache der Unternehmer und der Agrarier sind, sondern auch der Arbeiter.

Und nochmals Joachimsthal!

Der schlecht informierte Arbeitsminister.

In der Fürsorge-debatte kam Genosse Hadenberg nochmals auf die sanitären Verhältnisse in den Joachimsthaler Radiumgruben zu sprechen, wobei er verschiedene Behauptungen, die Arbeitsminister Dr. Czech in seiner Antwort aufgestellt hatte, einer entsprechenden Korrektur unterzog. Die Behauptung, daß den dortigen Arbeitern vitaminreiche Kost verabreicht werde, entspricht nicht den Tatsachen: sie brauchen auch nicht so sehr vitamin- als vielmehr fettreiche Kost. Die kleinen Portionen Speck, die sie erhalten, sind überdies schon eine altförmliche Einrichtung. Weiters führte Genosse Hadenberg darüber Beschwerde, daß das Gesundheitsministerium den Ärzten nicht die entsprechenden Möglichkeiten zum Studium dieser Krankheit bietet. Die Zeitschriftenbefunde von an Lungenkrebs verstorbenen Bergarbeitern werden als arabisches Am'sheimais behandelt; der Chefarzt der Pol-

ihm wurde später von Dr. Hodaš (Nat.-Dem.) wieder sekundiert. Dieser konstatierte, daß der Antrag über die Einführung der 40-Stunden-Woche innerhalb der Koalition noch nicht vereinbart sei und daß es sich also nur um einen Antrag des Fürsorgeministers, keineswegs aber der Regierung handle. In der Sache selbst sei es heute nicht zweckmäßig, jemanden zu zwingen, die Arbeitszeit zu verkürzen, weil heute ein großer Teil der Betriebe nicht einmal vierzig Stunden arbeite. Die Interessen der Arbeiter und ihr Lebensniveau könnten ernstlich geschädigt (!) werden, wenn man die Arbeitszeit zwangsweise verkürzt. Diese Frage könne nur international gelöst werden.

Der tschechisch-amerikanische Khyar nahm einen vermittelnden Standpunkt ein: man solle die 40-Stundenwoche einführen, aber allmählich nach den Bedürfnissen der einzelnen Unternehmungen; die diesbezüglichen Verbindungen müßten möglichst unterstützt werden. Zum Mieterschutz erklärte er, daß von den geschützten Mietern nur ein Drittel zu den sozial Schwachen gerechnet werden könnte. Wenn die anderen zwei Drittel hohe Zinsen zahlen müßten, dann würden sie sich eigene Häuser bauen (!) und die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt würde nachlassen.

Warme Unterstützung fand dagegen Genosse Dr. Czech u. a. bei dem Sprecher der tschechischen Nationalsozialisten, Dr. Patešil, der von der Regierung verlangt, daß die 40stündige Arbeitszeit mit größter Beschleunigung durchgeführt werde. An den Schwierigkeiten hinsichtlich der landwirtschaftlichen Betriebe dürfe man nicht die ganze Vorlage scheitern, bzw. sie hinauschieben lassen.

Genosse Dr. Czech ging in seinem Schlußwort zur Debatte ausführlich auf die Einwürfe und Angriffe von Seite Dubichys und Hodašs ein. Das Schlußwort wird von der Parlamentarischen Korrespondenz erst morgen ausgegeben werden.

Kenauer Bruderlade, der sich mit der Erforschung dieser Krankheit befaßt, wird durch solche Zeitangaben absichtlich von den Beobachtungen ferngehalten. Auch den Vorstand des deutschen Institutes für Arbeiterhygiene sollte man zur Erforschung dieser Krankheit heranziehen.

Kurz- oder langfristige?

Die Schwierigkeiten einer Investitionsanleihe.

Prag, 26. Jänner. In der Finanzdebatte erweckte heute im Budgetausschuß das Referat Dr. Rokosch vielfach Beachtung, namentlich was seine Ansichten über die kommende Investitionsanleihe betrifft.

Man solle nicht glauben, daß es so einfach sei, eine große Anleihe aufzubringen; es sei die Frage, ob es unter den heutigen Verhältnissen möglich sei, so ohne weiteres ein Zeichnungsergebnis von zwei bis zweieinhalb Milliarden aufzubringen. Woher sie nehmen? Die Banken und die Sparcassen hätten kein so großes Kapital; die Mittel unseres Geldmarktes reichen für etwas so Großes nicht aus. Das Interesse für eine langfristige Anleihe wäre nicht groß. Ein sehr niedriger Emissionskurs sei auch nicht zu empfehlen; eine günstigere Verzinsung, etwa von 7 Prozent, würde den bisherigen Traditionen und Tendenzen widersprechen; außerdem würden dann die bisherigen sechszwanzigprozentigen Staatspapiere massenhaft auf den Markt geworfen werden. Auch eine Konvention würde nichts helfen, weil wir dann für die Verbezahlung haben wollen, auch bares Geld vorrätig haben müßten.

Er wolle damit nicht sagen, daß eine Investitionsanleihe nicht möglich sei, aber er wolle nur auf die Schwierigkeiten hinweisen, die der Lösung einer solchen Frage im Wege stehen. Dagegen hätten kurzfristige Schatzanweisungen bisher viel mehr Vorliebe beim Publikum gefunden. Da müßte man aber erst wieder vorher die Verlängerung der im Umlauf befindlichen fälligen Schatzscheine erfolgreich abgeschlossen haben. Er glaubt, daß man durch Schatzscheine sofort 300 Millionen glatt für Investitionen bereinstellen könnte. Die Möglichkeit weiterer Emissionen wäre dadurch nicht ausgeschlossen.

Arbeitslosenfundgebung in Reichenberg.

Reichenberg, 26. Jänner. Die von den Kommunisten für Donnerstag einkundene Demonstration ist von der Polizei verboten worden. Trotzdem haben die Kommunisten zu einem Aufmarsch aufgerufen. Nach Arbeitslosenschulungen infolge des um diese Zeit lebhafteren Verkehrs größerer Menschenmengen an, unter denen sich die kommunistischen Stoßtrupps befanden, die durch laute Rufe und Schlagworte die Menge in Bewegung hielten. Die Polizei hatte ein Riesenaufgebot zu Fuß und zu Pferde zur Stelle, welches die Demonstranten in die Seitengassen abdrängte. Rückwärtslos ritten Polizisten auf die Schreie und trieben gänzlich Unbeteiligte vor sich her. Auf dem Alsfelder Platz stand eine starke Abteilung Gendarmen mit aufgeschlagenem Gewehr, es wurde aber von ihrer Seite nicht eingeschritten. Eine ganze Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen, unter den Verhafteten befanden sich auch einige Frauen. Um 6 Uhr abends herrschte wieder Ruhe. Von den kommunistischen Führern war nichts zu bemerken.

Objektiv-antisozialistisch!

Ueberparteiliche Politik auf dem Holzwege.

In der „Freien Schulzeitung“, die sich während des Kampfes um den Abbau der Staatsbeamtengehälter einigemal in nicht gerade freundlicher und keineswegs immer in sachlicher Weise mit der sozialdemokratischen Partei beschäftigt hat, ist nunmehr ein Artikel unseres Genossen Hudl (Auffig) erschienen, der die Haltung der berühmten Staatsangestellten-Exekutive einer berechtigten Kritik unterzieht und im Gegensatz zu den früheren Äußerungen der „Fr. Schulzeitung“ die Bemühungen der Sozialdemokratie hervorhebt, den Abbau, wenn nicht zu verhindern, so zu mildern und sozial zu staffeln. Mit Recht wendet er sich insbesondere gegen die demagogische Haltung der „Bohemia“, die viel Unheil angerichtet hat, indem sie dauernd die Staatsbeamten aufputschte, obwohl sie vorher und zur selben Zeit gegen alle Versuche der sozialistischen Parteien, neue Steuerquellen bei den Besitzenden zu erschließen, ebenso wütend Stellung genommen hatte.

Die „Fr. Schulzeitung“ hat nun zwar dem Artikel Hudls Raum gegeben, ihm aber eine noch Punkten geordnete redaktionelle Schlußbemerkung angehängt, in der sie sich gegen die Hervorhebung „parteilichter“ Momente sowie gegen die Verquickung des Berufskampfes der Lehrer mit Parteipolitik überhaupt wendet und die Hoffnung ausdrückt, daß künftig derartige parteipolitische Polemiken unterbleiben mögen.

Es ist geradezu ein Schulbeispiel für die Art, in der gewisse Schichten des Bürgertums und der kleinbürgerlichen Intelligenz das Wort „parteilicht“ nicht minder als die Worte „überparteilicht“ und „objektiv“ mißbrauchen. Hudl hat keinerlei Parteipolitik getrieben. Er hat in seinem Artikel gewisse Tatsachen ausgesprochen, die bis dahin in dem Munde der deutschen Lehrer — ob absichtlich oder durch Uebersehen, bleibe dahingestellt — nicht berührt worden waren. Er hat als Lehrer an dem Vorgehen der Exekutive der Staatsbeamten Kritik geübt. Das nennt die Redaktion der „Schulzeitung“ Parteipolitik. Die zahlreichen Angriffe auf die sozialistischen Parteien aber, die dem Artikel Hudls vorausgingen, waren keine Parteipolitik. Die Haltung der Exekutive, die für die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen eingetreten ist, war keine Parteipolitik!

So ist es ja immer. Wenn die bürgerliche Geschichtswelt Marx, die Marxisten und den ganzen Marxismus totschweigt — dann ist das keine Parteipolitik, sondern Ueberparteilichkeit und Objektivität. Wenn Sozialisten verlangen, daß an den Hochschulen auch über den Marxismus geredet wird, dann ist das Parteipolitik. Wenn an drei Tausend deutschen Hochschulen neun Tausend Professoren die Geschichte vom Standpunkt der verschiedenen bürgerlichen Gesellschaftsauffassungen aus darstellen, wenn ein gutes Drittel von ihnen sie von sogenannten antimarxistischen Standpunkt aus lehren, dann ist das überparteilicht und objektiv. Wenn wir verlangen, daß an der Staatsforschung und Lehre dann und wann ein Marxist die Geschichte vom Standpunkt seiner Geschichtsauffassung aus lehre, dann ist das Parteipolitik. Wenn bei Volkshochschulungsveranstaltungen, Kursen und Akademien ein Lehrkörper sorgfältig aus den Reihen der bürgerlichen Ideologen ausgewählt wird, dann nennt man das „objektive Wissenschaft“. Wenn jemand das Verlangen erhebt, auch einen Sozialisten aufzunehmen, so weist man es empört als einen „parteilichtigen“ Eingriff in die Objektivität zurück.

Die Lehrerschaft hat bisher nicht die besten Erfahrungen mit dieser „Objektivität“ gemacht. Als die Sozialdemokraten stark waren, haben sie die Weihnachtsgenerierung für die Staatsbeamten und Lehrer durchgesetzt. Als im Jahre 1931 die halbkreisförmigen Schrittmacher der Sozialdemokraten gegen die Sozialdemokratische Sturm ließen, da haben wir in unseren Wahlzettelblättern ausdrücklich die Beamten auf die Gefahr eines halbkreisförmigen Erfolges aufmerksam gemacht, sie gewarnt, den Agrariern zu größerer Macht zu verhelfen, die in einem Gehaltsabbau Ausdruck finden würde. Trotzdem haben im September 1931 viele Tausende deutscher Lehrer nationalsozialistisch gewählt, also die Macht der Reichsbauern gemehrt, die gegen uns keinen besseren Partisanen haben als die Disziplinarer. Dann kam der Abbau der Weihnachtsgenerierung und man hat natürlich uns die Schuld gegeben. Die Nazipresse liegt weiter, die Agrarier wurden immer übermächtiger. Im Herbst standen wir vor der Wahl entweder parlamentarische Regierung und Budgetregulierung durch Gehaltsabbau oder Beamtenradikalisierung mit unbeschränkter Vollmacht, das hätte bedeutet: 15 Prozent Abbau auf der ganzen Linie.

Wenn die Lehrerschaft vor lauter Red. parteilichkeit und Objektivität weiter die halbkreisförmigen fordert, statt die Macht zu mehrten, die einzig imstande sind, die Interessen der lohnarbeitenden Klasse zu wahren, dann wird sie noch höhere Erfahrungen machen als bisher. Die Ueberparteilichkeit, die darin besteht, daß man die Nazi wählt und von den Notizen verlangt, daß sie alles durchsetzen, was man wünscht, rechnet nicht mit der politischen Grundtatsache, daß jede Partei nur soviel Macht hat, als ihre Wähler ihr vermitteln!

Genossen!

Bedenke! bei allen Gelegenheiten des Wahlbonds!

Noch keine Spur von Kobzinek.

Bisher 80 Verhaftete in Brünn.

Brünn, 26. Jänner. Die Untersuchung in Angelegenheit des Ueberfalls auf die Kaserne bei der Polizeidirektion in Brünn, die ununterbrochen durch vier Tage und vier Nächte andauerte, ist bis auf einige Details beendet. Der ehemalige Major Uvira, der durch die Untersuchung überführt wurde, von dem Plane Kobzinek gewußt zu haben, wurde in die Haft des Kreisstrafgerichtes eingeliefert. Es befinden sich bis jetzt im Kreisstrafgerichte 80 Verhaftete. Die auf der Polizeidirektion in Brünn aufgenommenen Protokolle mit den Angeklagten sind umfangreich und ins Detail gehend, so daß die Arbeiten des Untersuchungsrichters wesentlich erleichtert werden.

Weber von Kobzinek noch von Gajdl wurde bis jetzt eine Spur gefunden. Verschiedene Gerüchte und Vermutungen über ihren Aufenthaltsort haben sich nicht bestätigt.

Nach einer Meldung der „Ed. Nov.“ wurde nämlich Kobzinek in Wlitz in Mähren gesehen. Der Fleischer Johann Weininger begab sich auf der Landstraße nach Rinih einem jungen Mann, der ihn nach dem Weg fragte. Später erinnerte sich der Fleischer, daß er den Mann kenne und daß dieser der gesuchte Kobzinek sein müsse. Weininger meldete seine Vermutung der Gendarmerie in Wlitz, die die Verfolgung aufnahm. Die Angaben des Fleischeres gewannen dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß in der dortigen Gegend die Mutter Kobzinek's ein Gut hat. Dudoftow Gajdl hat in Deutsch-Rinih Verwandte.

Auf Grund der bisherigen Ergebnisse der Polizei- und Gendarmerieerhebungen wurden die Hausdurchsuchungen auch auf andere Orte in Mähren ausgedehnt, da sich die Beweise dafür verdichten, daß der Brünner Aufschüßler nur ein Teil einer geplanten größeren Aktion der Faschisten war. Aus Gago wurde gemeldet, daß am vergangenen Freitag allen Faschisten in der dortigen Gegend mitgeteilt wurde, daß man nunmehr loszuschlagen werde. Die Gendarmerie führte in der Umgebung Erhebungen durch und verhaftete fünf faschistische Funktionäre, welche nach Brünn überführt werden sollen. In Ung-Gradiß wurden weitere zwei Faschisten verhaftet.

Waffenunde bei Faschisten.

Bei einer durch die Polizei beim Kreiswachtmeister Ebrich Kuzicka in Zdobovitz vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden ein Militärrevolver, eine Armepistole, ein Brownin, 133 Stück Gewehrmunition, 24 Stück Patronenmunition und außerdem ein Päckchen irgendeines Giftes aufgefunden.

In der Wohnung des Adjutanten Kobzinek's, Wlitz, wurde auf dem Boden ein Militärrevolver gefunden, das aus der überfallenen Kaserne stammt. Es war auf dem Boden sorgsam versteckt.

Belobungen und Beförderungen.

Die an der Abwehr des faschistischen Ueberfalls beteiligten Soldaten wurden gestern in einem Armeekorps- und Regimentsbefehl öffentlich belobt. Die Soldaten Laube und der Leinwandverkäufer Kundermann, welcher immer noch vernehmungsunfähig im Spital liegt, wurden zu Geldstrafen befördert und werden vor Ablauf ihrer Dienstzeit abtreten.

Berpflegskosten in Kranen euh'nferru behält da' Land.

Für Mitglieder der Krankenversicherungsanstalten.

Im Rahmen der Fürsorgebudgetdebatte sollte Genosse Hadenberg um Budgetausgleich u. a. auch die Frage der Bezahlung der Berpflegskosten für Mitglieder von Krankenversicherungsanstalten in öffentlichen Krankenhäusern in öffentlichen Krankenhäusern auf. Verwaltungsrichter und Oberstes Gericht haben in dieser alten Streitfrage wiederholt erklärt, daß, obwohl die Krankenkassen nur für die ersten 28 Tage die Spitalkosten zu bezahlen verpflichtet sind, die vom 29. Tag an anfallenden Spitalkosten nicht von den Krankenkassen eingetrieben werden dürfen, selbst wenn diese nicht unbemittelt sind. Hiesfür haben in erster Linie dann die Länder aufzukommen. Die Ministerien für Gesundheit und soziale Fürsorge haben die Spitalverwaltungen wiederholt auf diese obergerichtlichen Entscheidungen aufmerksam gemacht und den Auftrag gegeben, von der Einhebung solcher Berpflegskosten Abstand zu nehmen. Die Landesverwaltungen richten sich jedoch nicht danach und haben diese Berpflegskosten weiter ein, ja die böhmische Landesverwaltung hat noch im August 1932 dieses Vergehen einer Bezirksbehörde ausdrücklich aufgetragen. Genosse Hadenberg verlangt, daß hier endlich Abhilfe geschaffen wird und das Landesamt von dem vorgelegten Innenministerium die entsprechenden Bestimmungen erlassen, damit diese Belastung ministerieller und obergerichtlicher Entscheidungen einmal aufhöre.

Minister Dr. Spina erwiderte darauf, daß das Gesundheitsministerium bereits im Jahre 1928 an die staatlichen bzw. Direktionen der öffentlichen Krankenhäuser einen diesbezüglichen Erlass herausgegeben habe, der dem Standpunkt der obergerichtlichen Entscheidungen Rechnung trägt.

Vor dem Sturz der Regierung Schleicher.

Präsidentialregierung Papen-Hitler-Hugenberg?

Berlin, 26. Jänner. (Eigenbericht.) Die Lage des Kabinetts von Schleicher scheint gefährdet zu sein, wenn der Rückhalt, den es beim Reichspräsidenten hat, nicht groß genug sein sollte, einem Mißtrauensvotum des Reichstags durch dessen Auflösung zuvorzukommen.

Die Bemühungen des Herrn von Papen, die Harzburger Front wiederherzustellen, waren erfolgreich. Schon die letzten Veröffentlichungen der Deutschnationalen ließen darauf schließen, daß sie, die das Kabinett Schleicher bis in die letzte Zeit stützten, von ihm zur Durchsetzung ihrer dunklen Pläne nichts mehr erwarten und daß sie mit Herrn Hitler zu gewissen Vereinbarungen gekommen sind, die sich auf eine Neubildung der Reichsregierung beziehen.

Vor allem herrscht jetzt Klarheit darüber, daß das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett auch von den Nationalsozialisten unterstützt wird, die einer Entscheidung bisher ängstlich auswichen. Auch dieser vom „Völkischen Beobachter“ veröffentlichte Beschluß deutet darauf hin, daß die Harzburger Front geleimt und daß die Isolierung Hitlers beendet ist. Er befindet sich jetzt völlig in der Hand seiner Geldgeber, die ihm in der Person des Herrn Hugenberg einen politischen Vormund und Führer geben wollen. Unter dem Druck seiner Geldgeber scheint Hitler auch die Forderung nach dem Kanzleramt ausgegeben zu haben. Er würde auch an einem sogenannten Präsidialkabinett mitarbeiten, dessen Führung nicht in seiner Hand liegt. Da die Harzburger Front Schleichers ablehnt, müßte dieses Präsidialkabinett eine neue Führung bekommen.

Es bleiben also zwei Möglichkeiten: Entweder Auflösung des Reichstags und die Beibehaltung der Regierung Schleicher als geschäftsführendes Kabinett, das entweder Reichstagsneuwahlen durchführt, oder durch die Erklärung des sogenannten Staatsnotstandes den Reichstag überhaupt ausschaltet;

oder ein Präsidialkabinett, dessen Führung, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, in den Händen Papens läge und das, wenn auch zunächst nicht eine Reichstagsmehrheit, so doch eine ziemlich breite parlamentarische Basis hätte und sich die Mehrheit durch die Einbeziehung des Zentrums noch schaffen könnte.

Die zweite Möglichkeit hat größere Aussichten. Papens Beziehung zum Reichspräsidenten sind nicht nur besser als die des Herrn Schleicher, sondern die Vermeidung von Neuwahlen und damit die Vermeidung des Staatsnotstandes mit all seinen unabwehrbaren Folgen wird auch von den Wirtschaftsführern und den Junkern gewünscht, die ihre Wünsche bei einer durch den Reichstag gestützten Präsidialregierung, die sich nicht in den Händen ihres Feindes, des „sozialen Generals“ Schleicher befände, viel besser durchsetzen könnten und außerdem auf den Reichspräsidenten großen Einfluß haben.

Kanzler Hitler?

Wilde Gerüchte in Berlin.

Berlin, 26. Jänner. (Eigenbericht.) In den Abendstunden schwirren in Berlin die abenteuerlichsten Gerüchte umher. Es heißt, das Reich solle morgen, noch ehe der Reichsterrat zusammentritt, eine neue Regierung haben. Schleicher läßt die Rücktrittsgerüchte zwar einstweilen noch dementieren, es ist aber sehr ungewiß, ob er das morgen noch tun kann. Die Halenkreuzler bieten alles auf, um Neuwahlen zu vermeiden.

Nach einer Version soll ein Kabinett zusammengestellt werden, mit Hitler als Kanzler,

Papen als Außenminister, Schleicher als Innenminister, Schacht als Finanzminister und Hugenberg als Chef eines neu zu schaffenden Reichsministeriums. Das Zentrum soll sich angeblich zu einer Tolerierung verstehen.

Schleicher ist aber jetzt entschlossen, den Zusammentritt des Reichstages zu erzwingen. Er will das sogar gegen den Reichsterrat auf Grund des § 4 der Reichsverfassung tun. Erhält er ein Mißtrauensvotum, was kaum zweifelhaft ist, dann will er den Reichstag auflösen. Gibt der Reichspräsident die Ermächtigung hierzu nicht, dann wird Schleicher einer neuen Regierung Platz machen.

Kulturorganisationen an die proletarische Öffentlichkeit.

Der Zentralrat der sozialistischen Körperkultur-Organisationen in der Tschechoslowakei, dem die deutschen (Krus), tschechischen (DZK) und polnischen (Sila) Arbeiterturner der DSK, sowie die deutschen und tschechischen Radfahrer und Naturfreunde angeschlossen sind, hielt am Sonntag, den 22. Jänner, in Prag eine Sitzung ab, die in vollster Einmütigkeit die nächsten geplanten Arbeiten beschloß. Einstimmig wurde beschlossen, an die Öffentlichkeit mit folgender Erklärung heranzutreten:

Trotz Krise und wirtschaftlicher Not, unter der die Mitgliedschaft der proletarischen Körperkulturorganisationen sehr spärlich ist, sind diese Organisationen durch die ansperrende Treue und unermüdete Tätigkeit der Funktionäre bisher ohne Schaden durch die Krisenjahre hindurchgegangen. Der gesamten Mitgliedschaft und den Funktionären sei dafür auf diesem Wege der beste Dank ausgesprochen und daran der Wunsch geknüpft, auch in Zukunft unserer Bewegung im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung die Treue zu bewahren und weiterhin mitzukämpfen.

Wir wenden uns aber auch an die sozialdemokratische Partei, die immer die Vertreterin und Vorläuferin der proletarischen Kulturorganisationen war, die jetzt doppelt schwere, aber ersichtliche erfolgreiche Arbeit zu leisten und anzuerkennen, die tausende ehrenamtliche Funktionäre der Körperkulturorganisationen im Dienste der Gesamtbewegung des Proletariates leisten wenn sie zehntausende Kinder und Jugendliche erziehen und im sozialistischen Sinne erziehen unterstehen ihre Arbeit mit vollen Kräften!

Was die Unterstützung und Subventionen, welche von den beteiligten Ministerien den Organisationen für Körpererziehung erteilt wurden, anbelangt, fordern wir, daß mit diesen keine Organisationen betitelt werden, welche sie notwendig benötigen und daß die Verteilung in ihrer Anwesenheit stattfinden soll. Diese unsere Forderungen träben aber nicht die Erkenntnis, daß die dem Zentralrat angeschlossenen Verbände sich aus der Leistung der Beiträge der Mitgliedschaft so wie bisher alle ihre finanziellen Mittel sichern müssen die sie zur Führung ihres Kampfes brauchen.

Wir appellieren an die gesamte Mitgliedschaft aller dem Zentralrat angeschlossenen Organisationen, in selbstwählter Treue auch in den jetzigen schweren Zeiten zur Organisation zu stehen, da die Kulturbewegung des Proletariates gerade in diesen Zeiten seiner Schranken bedürftig ist.

Auf zu neuer Arbeit, vorwärts zu neuen Erfolgen!

Vor der Auflösung des Ernährungsministeriums.

Aufteilung der Agenda auf die anderen Ministerien.

Die Frage der Liquidierung des Ernährungsministeriums wurde gestern im Budgetausschuß vom Ministerpräsidenten Mahypetr als dem Leiter dieses Ministeriums ausführlich behandelt. Er würdigte die guten Erfolge dieses Ministeriums, das es unferem wirtschaftlichen und sozialen Leben ermöglicht habe, erste Schwierigkeiten zu überwinden. In der Zeit der guten Konjunktur schien es, als ob ein solches Regulator für das Wirtschaftsleben entbehrlich sei. Die Krise habe aber auch die Erkenntnis gebracht, daß eine gewisse Kontrolle des Wirtschaftslebens nötig ist, die allerdings die Unternehmerinitiative, und Verantwortlichkeit nicht unterbinden dürfe, sondern in abnormen Zeiten die Auswüchse der Kartellwirtschaft und des Zwischenhandels bekämpfen sollte. Mahypetr ist der Überzeugung, daß das Ministerium in seiner heutigen Form dieser Aufgabe nicht gewachsen sei und daß es deshalb notwendig sein werde, die Agenda des Ministeriums aufzuteilen und sie jenen Ressorts zuzuweisen, die sich mit ähnlichen Fragen bereits befassen. Die Agenden der alten gebundenen Kriegswirtschaft gehören ins Finanzministerium, die Verfolgung des Wuchers usw. ins Innenministerium, während die volkswirtschaftliche Agenda auf das Ministerpräsidentenamt und das Fürsorgeministerium aufzuteilen wäre, das die Fragen des Konsums und der Preisentwässerung zu übernehmen hätte. Beim Ministerratpräsidenten sollte eine eigene volkswirtschaftliche Abteilung errichtet werden, das die Differenzen zwischen den einzelnen Zweigen des Wirtschaftslebens objektiv studieren und beurteilen, unser Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit vom Standpunkt der allgemeinen Interessen der Bevölkerung verfolgen und allgemeine Richtlinien geben sollte. Nur ein Beispiel anzuführen, sollte diese Abteilung eine Synthese zwischen den Interessen des Handels- und des Landwirtschaftsministeriums anstreben, und zwar nicht im Wege eines politischen Kompromisses, sondern auf Grund der Wirtschaftstatistiken und wirtschaftlichen Argumente.

Vorher hatte Minister Dr. Spina im Ausschuß erklärt, daß die Aufsicht über die Lebensmittel im Falle der Liquidierung des Ernährungsministeriums an das Gesundheitsministerium übergeben soll.

Die furchtbare Not

der Gegenwart ist die Folge des zusammenbrechenden Kapitalismus. Der Ruf nach dem Sozialismus ist deshalb keine gleichende Parole, sondern eine Forderung des Tages. Jede Stunde kann das Ende des Kapitalismus bringen. Tausend!

der Aufbau des Sozialismus

einsetzen. Ungeheure Kräfte sind hierzu durch Jahre und Jahrzehnte erforderlich. Wir brauchen Menschen, die neben dem Mut auch das Wissen besitzen, um ein geeignetes Geschlecht heranzuziehen. Ein

Helfer bei dieser Arbeit

ist die „Neue Erziehung“. Jeder denkende Sozialist soll die Grundlagen und die Praxis der Erziehung zum Sozialismus kennen. Diese Kenntnis vermittelt die Monatschrift

„Neue Erziehung“

Blätter für Eltern und Lehrer.
Bezugspreis ganzjährig 12 Kronen 50 Heller. Zu bestellen in der Verwaltung, Auffig, Dr. Billrothstraße 20.

„Wir haben einen Fehler gemacht.“

Einbekenntnis des Streikausschusses der Köstlicher Bergarbeiter. — Sie fordern den Abgeordneten Brozil auf, zu vermitteln.

Die „Večernik Právo Lidu“ meldet, sind Mittwoch beim Vorsitzenden des Prager Bergarbeiterverbandes, dem Abgeordneten Brozil, Vertreter des Streikausschusses der Bergarbeiter des Köstlicher Reviers erschienen und haben ihn ersucht, er möge bei den Behörden vermitteln, daß Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts im Revier eingeleitet werden. Das Mitglied des Streikausschusses Haná! sagte, als Brozil die Bemerkung machte, der Streikausschuß habe die Gewerkschaften ausgeschaltet und der ganze Streik werde ohne die Gewerkschaften geführt: „Wir haben einen Fehler gemacht, wir bekennen das ein; aber es ist notwendig jetzt zu handeln, zu versuchen, den Kampf friedlich zu beenden, der Streik kann nicht mehr ausgedehnt werden.“ Die Deputation verurteilte weiter die Schreibweise der kommunistischen Presse und ersuchte nochmals den Abgeordneten Brozil, zu helfen. Schließlich erklärte sich Brozil bereit, dahin zu wirken, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten die streikenden Teile zu Verhandlungen einleite.

Die Verwendung der Sanitätszulage. Bei der Verhandlung des Gesundheitsbudgets wies Genosse Hadenberg u. a. auf die Absichten hin, zur Bestreitung der Abgänge in manchen Paragraphen einen Teil der Sanitätsumlage heranzuziehen. Genosse Hadenberg warnte vor einer derartigen Maßnahme, da die Krankenhäuser sich zumeist in großer Notlage befinden und auf die Zuschüsse aus dem Sanitätsfonds angewiesen sind. — Minister Spina versicherte in seiner Antwort, daß diese Befürchtungen unbegründet seien. Der Ertrag der Sanitätsumlage werde selbstverständlich nur so Verwendung finden, wie es das Gesetz ausdrücklich vorschreibt.

Die Steuererträge für 1932 nicht ungünstig. Nach den Ausführungen des Referenten zum Finanzministerium Dr. Kosek hat die Einkommensteuer im November 1932 um 1,2 Millionen mehr eingenommen, als im Jahre vorher; der Gesamtertrag der ersten elf Monate 1932 ist allerdings um 20 Millionen geringer. Wahrscheinlich wird aber mit Jahreschluß der für 1932 präliminierte Betrag von 1044 Millionen erreicht werden. Auch das Erträgnis der Umsatzsteuer ist für die ersten elf Monate 1932 gegenüber dem Vorjahr zwar um 22 Millionen geringer, gegenüber dem Präliminare für 1932 jedoch um 41 Millionen höher. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß im Jahre 1933, falls nicht ganz besondere Umstände eintreten, die in den Einnahmen des Finanzministeriums präliminierten Beträge auch tatsächlich erreicht werden dürften.

Blamierte Nazi-Angeber.

Wien, 26. Jänner. Die Nationalsozialistische Presse behauptete in den letzten Tagen, daß in dem weitläufigen Gebäude der städtischen Wirtschaftskammer im 16. Bezirk ein riesiges Waffenlager verborgen sei, darunter eine Menge von Handgranaten, die vor einiger Zeit aus dem Arbeiterheim im 16. Bezirk in dieses Gebäude gebracht worden seien. Die Polizei hat seitdem das Gebäude streng überwacht und heute eine strenge Hausdurchsuchung vorgenommen, die jedoch resultatlos verlief.

Die Polizei will, wie die Abendblätter melden, nun eine Untersuchung gegen die Halenkreuzler einleiten, da der Verdacht besteht, daß die Meldung der Nazis über das sozialdemokratische Waffenlager erfunden wurde, um die Behörde irrezuführen und sich an den Sozialdemokraten für die Enthüllung zu rächen, die die „Arbeiterzeitung“ ständig über den Nazifundus veröffentlicht.

Tagesneuigkeiten

Die Diphtheritismelle.

Im Vorjahr bis Ende November über 27.000 Fälle.

Gesundheitsminister Dr. Spina befahte sich in seinem Exposé im Budgetausschuß ausführlich mit der Frage der Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten, von denen namentlich Scharlach und Diphtheritis stark auftreten. An Scharlach erkrankten jährlich etwa 23.000 Menschen; der Krankheitsverlauf pflegt jedoch günstig zu sein und die Sterblichkeit beträgt nur etwa ein Prozent. Die Zuspaltung hat sich hier nicht besonders bewährt.

Dagegen gestaltet sich die Diphtheritisepidemie sehr gefährlich. Nicht nur bei uns, sondern auch in anderen europäischen Staaten kann man eine direkte Diphtheritismelle beobachten. Während im Jahre 1923 nur 8000 Fälle zu verzeichnen waren, hatten wir im Jahre 1930 bereits 23.556 und im Vorjahr (ohne Dezember) sogar 27.030 Fälle. Interessant ist, daß die Slowakei und Karpatenrußland nur eine geringe Erkrankungsziffer aufweisen.

Die Schutzimpfung gegen Diphtheritis hat sich sehr bewährt; die Sanitätsverwaltung unterstützt die Impfungen finanziell ausgiebig und

trägt sich mit dem Plan, die allgemeine Impfung der Kinder gegen Diphtheritis einzuführen; wir wären der erste Staat, der in großem Maßstab diese Aktion durchzuführen würde.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose denkt das Ministerium im Rahmen seiner Möglichkeiten an die Unterstützung der Schutzimpfung nach dem System Calmette, das sich namentlich bei Rindgebornen bewährt habe. In Vorbereitung ist ein Gesetzesentwurf über einige Schutzmaßnahmen gegen Tuberkulose, der ausführliche Vorschriften über die obligatorische Erziehung von Tuberkulose-Beratungsstellen enthalten soll.

5000 Bergarbeiterfrauen demonstrieren

Springfield (Illinois), 26. Jänner. Gestern wurden drei Abteilungen der Illinoiser Nationalgarde mobilisiert, da heute Rationierungen von 5000 Bergarbeiterfrauen erwartet werden, die aus den Kohlenrevieren nach Springfield kommen wollen, um dem Parlament und dem Gouverneur des Staates Illinois ein Gesuch um Erhöhung der Unterstützungsgelder vorzulegen.

Zwei Prager Jungen, die nach Texas wollten...

Tetschen, 26. Jänner. In Tetschen wurden von der Gendarmerie zwei Knaben aufgegriffen, die sich durch ihr sonderbares Gebaren verdächtig gemacht hatten. Sie hatten ein Bolzengewehr und zwei schwarze Masken bei sich und gaben beim Verhöre an, daß sie nach Texas wandern und dort Indianer erschließen wollten. Die beiden jungen Abenteuerer, die aus Prag stammen, wurden vorläufig in Gewahrsam genommen und die Eltern wurden verständigt. Die Tat der jungen Burken, die beide noch im schulpflichtigen Alter stehen — der eine ist 12, der andere 13 Jahre alt — ist sicherlich dem Einfluß schlechter Filme oder schlechter Volkserzählungen zuzuschreiben.

Ein Theologiestudent erstickt eine Greifin.

Tübingen, 26. Jänner. Der 25 Jahre alte Student der Theologie Heinz Rudolph aus Neu-Ruppin hat in der vergangenen Nacht die 70 Jahre alte Witwe Emma Wals durch Schläge mit dem Spazierstock am Kopf so schwer verletzt, daß die Frau kurz nach ihrer Einlieferung in die chirurgische Klinik starb. Der Täter wurde verhaftet. Er macht den Eindrud eines Geistesgestörten. 1931 war er in der Landesirrenanstalt Neu-Ruppin untergebracht. Was ihn zu der Tat veranlaßt hat, ist noch nicht aufgeklärt.

Gelehrige Schüler Europas sind die Japaner, das muß ihnen auch jener Reich lassen, der ihnen die mandchurische Beute nicht gönnt. Die Japaner, die man schon vor dem Kriege, in dem sie erst, mit so modernen Waffen mordend wie die zivilisierteren Staaten der alten Welt, den Europäern ganz gleichwertig wurden, je nach Laune die Breuhen des Ostens oder die Franzosen des Ostens oder die Amerikaner Ostens nannte, haben ihre Lehren schon überholt! Ihre Diplomaten und Staatsmänner lägen schon gewandter, sicherer, unverkümmerter als die europäischen und sie lassen die schleimigsten Zivilisationsphrasen aus den Mäulern tropfen mit einer ruhigen Selbstverständlichkeit, um die sie mancher allenglische adelsstolze oder mancher italienisch-fascistische diplomatische Schön- und Hellschredner beneiden könnte. In jener Rede vor der japanischen Kammer (die auch eine prachtvolle Nachahmung des europäischen Zivilisationsbetriebes ist), in der Außenminister Uchida erklärte, Japan habe nicht die Absicht, seine Außenpolitik zu ändern, es werde wie bisher die Mandchurien verteidigen und das Gebiet von Jehol lebe Japan als einen Teil der Mandchurien an. — In jener Rede also sprach Uchida genau so,

Verstärkte Fröste.

Der Kern des Hochdruckgebietes hat sich genähert und liegt nunmehr über Polen. Die Bewölkung hat daher fast in der ganzen Republik abgenommen, und der Wind ist abgeflaut. Von einzelnen Orten in Böhmen (Prag, Tabor, Steben und Tschaslau) abgesehen, haben sich die Fröste während der letzten Nacht in der ganzen Republik verstärkt. Am Nordostrand des Staates wurden minus 25 Grad Celsius verzeichnet (Troppan, Dravitz Podzamoh). Auf den Berggipfeln ist es bereits etwas wärmer als in den Niederungen.

Prag hatte gestern um 8 Uhr minus 13,5 Grad Celsius, das nächtliche Minimum betrug minus 13,9 Grad Celsius.

Wahrscheinliches Wetter heute: Vorwiegend heiter bis wechselnd bewölkt, in den Niederungen strenger Frost und strichweise neblig, auf den Berggipfeln nur mäßige Kälte.

Die Elbe — eine geschlossene Eisdede.

Tetschen, 26. Jänner. Das Elbeeis ist bereits vor mehr als einer Woche, und zwar in der Nacht vom 14. auf den 15. Jänner l. J. bei der Einmündung der Dürr-Komitz, gegenüber von Niedergrund, zum Stillstand gekommen. Im Laufe der letzten Frosttage ist der Eisstoß stromwärts rasch angewachsen, so daß der Fluß nunmehr von Niedergrund bis Altstadt bei Tetschen eine etwa 12 Kilometer lange geschlossene Eisdede aufweist. Auch im Sauer bei Wannow kam das Elbeis vor mehreren Tagen schon zum Stillstand. Von hier reicht die geschlossene Eisdede eine Strecke von 20 Kilometer stromaufwärts bis Prosmitz bei Leitmeritz.

30 Grad im benachbarten Schlesien.

Breslau, 26. Jänner. Im schlesischen Hochland hat sich, wie das meteorologische Observatorium Breslau-Kriegeren meldet, die Kälte erheblich verstärkt. In Breslau wurden am Donnerstag früh 25 Grad, in Grottkau 30 Grad und in Neustadt (Oberschlesien) 32 Grad Kälte gemessen. Im Gebirge herrscht Temperaturumkehr. Aus den Kommtagen werden nur noch 10 Grad Kälte gemeldet.

wie man in der Welt der diplomatischen Lüge sprechen muß, um als voll- und gleichwertig zu gelten. Zwar ist Uchida nur ein gelber Heide, aber aufs künstliche versteht er sich, als wäre er ein christlicher Diplomat weißer Farbe: „Japan erhebt keine Gebietsforderungen und Japan hat nicht die Absicht, mit irgendeinem Lande zu streiten. Japan hat vielmehr den Wunsch, sich sein nationales Dasein durch Mittel zu sichern, die mit dem internationalen Recht in Einklang stehen und mit seinen Nachbarn zur Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten und in der ganzen Welt Hand in Hand zu arbeiten.“ — Gebietsforderungen? Wenn aus der Mandchurien, nachdem japanische Soldaten die Chinesen aus ihr vertrieben haben, ein „unabhängiger Staat“ unter japanischer Vormundschaft gemacht wird, — ist das eine Gebietsaneignung? Aufrechterhaltung des Friedens, selbstverständlich! Japan weiß, was es seinem Renommee als zivilisierter Staat, der den Kellogg-Pakt unterschrieb, schuldig ist. Die chinesischen Soldaten und Beamten wurden ganz ohne Kriegserklärung aus der Mandchurien vertrieben, es wurden, ganz ohne Kriegserklärung, rund sechshunderttausend von ihnen getötet, der Vortrieb in die Provinz Jehol geschah ohne Kriegserklärung, die Heiligkeit der Verträge wurde streng geachtet, die europäisch-christlichen Diplomaten schmunzeln wohlgefällig — von den gelben Anripsen kann sogar unseiner noch was lernen! — und Herr Uchida konnte in seiner Rede mit dem bescheidenen Stolz des ohne das Gesicht zu verziehen doch lächelnden Anguren erklären: „Von solchen Ratsiven geleitet, hofft Japan aufrichtig, freundliche Beziehungen mit allen Nationen aufrecht zu erhalten, den internationalen Handel und den internationalen Austausch von Kulturgütern zu fördern und den Weg weiterzuvorführen, der zur Erfüllung der höchsten Ideale der Menschheit führt.“ — Ein Außenminister spricht von den höchsten Idealen der Menschheit, — ja, dann bleibt dem Genius der Menschheit nichts anderes mehr übrig, als reuernd sein Haupt zu verbeugen.

Arbeitslosenfrage in Weipert. Am Montag versammelten sich vor dem Weipert Rathaus etwa 400 Arbeitslose, die vom Stadtrat verlangten, bei den Großunternehmern die Beistellung eines unverzinslichen Darlehens von einer Million Kronen zum Zwecke einer außerordentlichen Arbeitslosenliste zu fordern. Dieser Aktion war eine Versammlung in der Turnhalle vorausgegangen, in der die von den Kommunisten vorgeschlagenen Forderungen beschlossen wurden. Der Stadtrat beschloß, die Forderungen an die Großunternehmer weiterzuleiten.

Ueber den Einfluß der Rationalisierung auf den Gesundheitszustand der Arbeiterschaft führt das Gesundheitsministerium, wie Minister Dr. Spina im Budgetausschuß ausführlich eingehende Untersuchungen durch. Nach dem bis-

Das irrierende Polen.

Warschau, 26. Jänner. (P.M.) Die Temperatur ist hier bis auf 24 Grad unter Null, in Posen auf 27 und in Wilna auf 29 Grad Celsius unter Null gesunken. In einer Reihe von Städten wurden 20 bis 300 Personen, die Erfrierungen erlitten hatten, behandelt. Die Fälle sind bis zu einigen Stunden verspätet.

Die Grippe im Reich.

Essen, 26. Jänner. Wegen Grippe wurden in Gelsenkirchen, Altona, Schwerte und Reheim (Westfalen), die Volksschulen, in Dortmund alle höheren Schulen geschlossen.

Wuppertal, 26. Jänner. Die Schulverwaltung hat heute morgens wegen der zahlreichen Grippeerkrankungen die Schließung aller Schulen in Barmen und Elberfeld bis zum 31. Jänner 1933 angeordnet. Der Unterricht in den Schulen der Randgemeinden geht vorläufig weiter.

Das „Ereignis“ in England: Schlittschuhfahren.

London, 26. Jänner. (A.M.) So wie auf dem größten Teile des europäischen Kontinents, dauern auch in Großbritannien die scharfen Fröste an, und nach allen Anzeichen zu schließen, werden sie auch weiter andauern. Fast überall auf dem englischen Festland wird Schlittschuh gefahren, was in England ein seltener Sport ist, da kaum einmal in zehn Jahren die Eisbildung in England so stark ist wie heute. Auch in den Londoner Vororten, in den königlichen Parks und auch auf den Teichen der ganzen Londoner Großstadt wird das Eis immer härter und es wird wahrscheinlich noch heute eine amtliche Kundmachung ausgeben werden, mit welcher das Schlittschuhlaufen auf diesen Wasserflächen erlaubt sein wird. Es ist dies für London ein großes Ereignis, da diese Teiche nur in den seltensten Fällen zufrieren und das Eis nur sehr selten eine derartige Stärke erreicht, um das Gewicht der Schlittschuhfahrer zu ertragen. Die Londoner Zeitungen bringen ausführliche Berichte über das Eis als ein großes Ereignis.

herigen Untersuchungsmaterial hat die Rationalisierung, wie wohl auch nicht anders zu erwarten ist, eine ganze Reihe von Schwächen, ungehebel aber auch gewisse Vorteile (?). Um diese Frage im Detail verfolgen zu können, unterhält das Gesundheitsministerium Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt. Außerdem wurde im staatlichen Gesundheitsinstitut ein eigenes Laboratorium zum Studium dieser Frage eingerichtet.

Neuregelung der Zahnärztfrage. Gesundheitsminister Dr. Spina erklärte im Budgetausschuß, daß das Gesetz über Zahnärzte und Zahnärztinnen novelliert werden soll. Die Zahnärztinnen, die im Jahre 1920 bereits in der Lehre waren, sollen noch die Möglichkeit erhalten, die Zahnärztinnenkonzession zu erlangen, die Zahnärztinnen Personal Sanitäts-Dispersional werden und die konfessionierten Zahnärztinnen werden den Titel „Dentist“ führen dürfen; ihre Ordination können sie als „zahnärztliches Atelier“ bezeichnen.

Da kann nur der liebe Gott helfen... Aus Uchida wird berichtet: Zwischen den Anhängern des Rabbi von Belz (Galizien), den sogenannten „Belzisten“, und den Anhängern des Rabbiners Spiro, den sogenannten „Spiristen“, herrscht in der Ostslowakei und auch in Karpatenrußland bereits eine Reihe von Jahren hindurch ein sehr gespanntes Verhältnis, das sich insbesondere in der israelitischen Aufstiegsbewegung in Munkacs in zahlreichen Konflikten zwischen den Anhängern beider Richtungen Luft macht. Die Lösung dieser Konflikte wurde des Hirten vor den Gerichten gesucht. Die Munkacser hebräische Zeitung bringt in ihrer letzten Nummer eine Rundgebung, in der eine Belohnung in der Höhe von 20.000 Kronen demjenigen versprochen wird, der zwischen den „Belzisten“ und den „Spiristen“ den Frieden wiederherzustellen imstande wäre. Das Uchidaber jüdische Blatt „Jüdische Replak“ verzeichnet ebenfalls diese Rundgebung, bemerkt jedoch dazu, daß

Ein rasender Chemann.

Frau und Schwiegermutter schwer verwundet und dann das Haus in Brand gesteckt.

Gablonz, 26. Jänner. Ein furchtbares Verbrechen wurde heute Nacht in Niederhof bei Bohonetz verübt. Der 28 Jahre alte Hans-Jesche lebte mit seiner 30 Jahre alten Frau Elsa und seiner 70 Jahre alten Schwiegermutter Emilie in der letzten Zeit kam es zwischen den Eheleuten zu Streitigkeiten, die sich immer mehr zuspitzten. Jesche verließ seine Frau und überließ sie seinen Eltern. Heute Nacht, gegen 1 Uhr schlich er sich zum Hause seiner Frau, schlug ein Fenster ein, drang so in die Schlafstube seiner Frau und seiner Schwiegermutter, stach wie ein Wahnsinniger auf seine Frau ein und verletzte sie durch mehrere Messerstiche schwer. Auch seiner Schwiegermutter brachte er mehrere

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Samstag:
Prog. 6.15: Sonntag 11: Schallplatten. 16.30: Konzert. 17.30: Schallplatten. 18.35: Deutsche Sendung: Götter und Götter in der Dichtung. 19.30: Liederabend. 20: Operette. — Brno: 12.30: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Klavierkonzert. — Röhrl-Orchester: 18.30: Klavierkonzert. 18.35: Lieder. 22.15: Sinter Musik. — Berlin: 16.35: Radioische Musik. 19.10: Gesänge. — Breslau: 16.30: Klavierkonzert. — Hamburg: 19.30: Mandolinenzug. — Königsberg: 20: Sinter Musik. — Leipzig: 20: Schallplattenkonzert. — München: 19.15: Böhmische Musikanten. Singpiel. — Wien: 15.30: Chorales. 22.15: Tanzmusik.

die Verhältnisse in Munkacs einen devotigen Charakter angenommen haben, daß sich einmal der Nobel-Friedenspreis zu reichen würde, um den Konflikt zwischen den jüdischen Gruppen zu liquidieren.

Die „japanische Organisation“. In diesen Tagen wurde die Untersuchung gegen die Mitglieder einer „japanischen“ Organisation in Warschau, deren Enthaltungen eine Serie von Verbrechen bildeten, beendet. Durch die Untersuchungen wurde festgestellt, daß eine ganze Reihe von jungen Burken und jungen Mädchen an den Schwarzen Meeren und Orien teilnahmen, wobei sie narkotische Mittel benutzten. Es wurde weiter festgestellt, daß eine ganze Reihe der Mitglieder dieser Gesellschaft Selbstmord verübten oder auf rätselhafte Weise verschwanden.

Zwei Eisenbahnarbeiter in Gera wurden beim Ausfahren von Weichen von einer Lokomotive überfahren und getötet.

Netfordäger. Der bekannte Autorenfahrer Sir Malcolm Campbell ist noch den einzigen Staaten abgereist, wo er den Versuch machen will, seinen eigenen Automobilkonkurrenten Weltrekord in Dorton Beach in Florida zu überbieten.

Die Grippeepidemie im Ruhrgebiet. In den letzten Tagen hat sich die Grippeepidemie in den Städten und in den ländlichen Schulen geäußert worden; in Wanne-Eickel, Herne, Dortmund und in den Vororten von Bochum sind nur die höheren Schulen geöffnet. In Dortmund schließen auch die kaufmännischen Lehranstalten. In Essen mußte die Post die Poststellung einschränken. In Hattingen müssen drei Volksschulen den Klassenmangel feiern. Auch das Nordhaus wird nur zum Teil geöffnet. In unmittelbarer Nähe liegen Millionen Tonnen Kohle unter der Erde; die Stadt ist aber aus Geldmangel nicht in der Lage, Brennstoff zu kaufen.

Sing-Sing-Gewinn... Die Direktion des New Yorker Juichhauses Sing-Sing gibt bekannt, daß der Nettogewinn des „Unternehmens“ im Jahre 1932 um mehr als 50.000 Dollar gestiegen ist. Grund: Die Häftlinge werden pro Tag mit 2 bis 30 Centen entlohnt. Das Juichhaus Sing-Sing befaßt sich vor allem mit Schutzbewachung und Druckerarbeiten.

Selbstmord im Schacht. Ein 19jähriger Büroangestellter aus Gelsenkirchen hat sein Leben auf eine grausame Weise beendet. Er überstieg im Schacht I der Heche Bessert das Gabelgitter des Fördergerüsts und stürzte sich in den 10 Meter tiefen Schacht. Vergleute, die im Schacht arbeiteten, hörten einen dumpfen Fall und fanden nach einigem Suchen die jämlich zertrümmerte Leiche.

Banditenüberfall. Auf dem Hauptbahnhof der Stadt Oldenburg schlugen mehrere maskierte und bewaffnete Banditen zwei Postbeamten Boden, entrißen ihnen zwei schwere für Oldenburger Zentralpostamt bestimmte Koffer mit 200 Mark Inhalt und flüchteten. Ueberfallkommandos, Pärchunden und Schutzwachen merkten sofort eine intensive Jagd nach den Verbrechern ein. Sie fährte aber zu keinem Erfolge.

Arbeitslosenfrage. Der unzulässige Transaktionen beschuldigte Berliner Finanzdirektor Knipke, der im Augenblick des Bekanntwerdens der gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach London fuhr, hat die Berliner Justizbehörde wissen lassen, daß er im Laufe der nächsten Woche nach Deutschland zurückkehren werde.

Sven Hedin in Peiping.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Der bekannte schwedische Forschungsreisende Sven Hedin ist in Peiping eingetroffen, wo sich ihm in der nächsten Zeit die Unterführer seiner letzten großn Expedition, die in großen Entfernungen voneinander arbeiteten, anschließen werden. Mit Rücksicht darauf, daß die von den chinesischen Behörden gewährte Bewilligung zur Durchführung der unerforschten Gegenden Gansu und Tibets im Mai d. J. abläuft, muß Sven Hedin mit seinen Unterführern über die weiteren Schritte der Expedition, die im Mai des Jahres 1927 unternommen wurde, beraten. Es werden u. a. erwartet die schwedischen Forscher Doerner, Rohlin, Bessell, Korin und Ambolt, die die einzelnen Expeditionen führten. Von all diesen Forschern lagen die ganze Zeit hindurch genaue Nachrichten vor, ausgenommen die Expedition Dr. Ambolts, der Ende November d. J. in Peiping eintreffen sollte. Anfang d. J. arbeiteten Korin, der Ideologe ist, und der Astronom und Kartograph Ambolt und gemeinsam, später aber trennten sie sich und während Korin eine Expedition von Nankin über das Karakorum Massiv nach Kaschmir unternahm, wendete sich Ambolt nach Fernost nach Osten in der Absicht den nördlichen Teil Tibets zu durchqueren und bis zur Stadt Lumban in der Provinz Kansu vorzudringen. In Schweden wurden die Hoffnungen, daß der Forscher Ambolt gesund und munter in Peiping eintreffen wird, nicht aufgegeben.

Es ist gut bekannt, daß einige der übrigen Mitglieder der Sven Hedins-Expedition mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die mit den Expeditionen zusammenhängen. Das Lager Dr. Bessells wurde von Banditen überfallen, die der Expedition alle wissenschaftlichen Apparate raubten. Den ganzen Winter hindurch lagen keine Nachrichten über die Expedition Doerners vor, was bereits große Besorgnisse erweckte. Gegen Schluß des vorigen Jahres kam Dr. Korin um alle Lasttiere seiner Karawane und verlor dadurch auch Waffen und Gepäck. Trotzdem haben aber alle Expeditionen glücklicherweise alle Gefahren ihres Unternehmens glücklich überwunden. R. Ambolt Mitarbeiter Sven Hedins und bereits vier Jahre Führer eines Teiles seiner Expedition kennt sicherlich die Reisebedingungen im wilden Zentralasien gründlich und da seine geographischen Karten wie auch seine übrige Ausstattung die denkbar beste ist, ist die Möglichkeit, daß er sich verirrt hätte und hilflos verschwand wäre, fast ausgeschlossen. Gegenwärtig herrscht in Tibet ein ungewöhnlich hoher Frost, verbunden mit häufigen Schneestürmen, was freilich die üblichen Reisebeschwerden in dieser ungestillten Gegend noch vermehrt, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß ein großer Teil der Tiere seiner Expedition umgelommen ist. Dennoch ist mit einer ziemlich großen Befriedigung gegenüber normalen Verhältnissen zu rechnen.

Sven Hedin verhandelt jedoch in Peiping mit den Behörden über die Frage des Transports der reichen Sammlungen seiner Expedition nach Schweden. Obwohl die Arbeiten in China in der nächsten Zeit unterbrochen werden und die Expedition auseinander gehen wird, erübrigt noch eine sehr wichtige Aufgabe, die einige Jahre in Anspruch nehmen wird, nämlich die Klassifizierung und Katalogisierung des gesammelten Materials.

Ein 104jähriger Tod u mit 32 Kindern.

Appleford (in der Grafschaft Berks), 26. Jänner. Gestern starb hier im Alter von 104 Jahren der „älteste Jodler der Welt“. John Kaulfner, Kaulfner war zweimal verheiratet. Seinen beiden Ehen entstammen 32 Kinder, von denen viele hervorragende Jodler sind, und Trainers waren. Kaulfner erklärte selbst, er habe im Laufe seines langen und bewegten sportlichen Lebens fast alle Knochen seines Körpers gebrochen.

Schulspitze in Budapest. Der Unterrichtsminister hat mit Rücksicht darauf, daß etwa 28 Prozent der Schüler und ein großer Teil der Lehrer an Influenza erkrankt sind, angeordnet, daß an sämtlichen Mittelschulen der Hauptstadt der Unterricht bis 4. Februar einstellt wird.

Ein feiner Rechtsanwalt. Gegen den Berliner Rechtsanwalt Georg Mayer ist ein Haftbefehl erlassen worden. Mayer ist beschuldigt, Gefangenenerkennung teils verweigert, teils ausgeführt und Gefangenensucht begünstigt zu haben. Insbesondere soll er dem Gefangenen Groß-Indebeure die Handbänder abgenommen, verheimlicht Mitglied der Räuberbande Margraf, verschiedene Werkzeuge und einen Nachschlüssel beschlagnahmt haben. Diese Werkzeuge sind in der Zelle des Groß gefunden worden.

Immer neue Verbrechen! Die verhafteten Berliner WGS-Mörder Hildebrand, Krebs und Wente haben am Mittwoch mehrere neue schwere Raubüberfälle begangen: in Charlottenburg entwanderten sie in zwei Fällen Chauffeuren ihrer Reiseverbringer die Koffertschlüssel, einmal raubten sie einem Taxiwagen eine Geldtasche mit 70 Mark Inhalt; bei anderer Gelegenheit überfielen sie den Insassen einer eleganten Limousine, beraubten ihn seiner Brieftasche und seines Portocodes und flüchteten in einer sehr weiden stolbenen Tage.

Drei Ehepaare vergiftet. Mit schweren Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von Weinhalalohol wurden drei Ehepaare im Krankenhaus in Greifeld eingeliefert. Die beiden Männer und eine Frau sind inzwischen gestorben.

Rußland — wie deutsche Arbeiter es sehen.

Die in Berlin erscheinende kommunistische „Welt am Abend“ ließ ihre Ausgabe vom 17. Dezember v. J. als Sondernummer unter dem Generaltitel „Sowjetunion — die Welt sozialistischen Aufbaus“ erscheinen. Eine Reihe deutscher und ausländischer Autoren beschäftigte sich darin mit den Problemen des russischen Aufbaues, der Arbeits- und Lebensweise des russischen Arbeiters, ihren Rechten und Pflichten, den Lohnverhältnissen, mit dem neuen Gesicht Moskaus, den Problemen der russischen Frau und anderem mehr. Diese Sondernummer gelangte in die Hände einiger seit vielen Monaten in Moskau lebenden deutschen Monteure, die in heller Begeisterung nach Rußland gegangen waren, um mit ihren Fachkenntnissen und Erfahrungen dem proletarischen Werke zu dienen. Es handelt sich um kommunistische Arbeiter, die also von ihrer deutschen Parteipresse unterrichtet wurden, wie es dort aussieht, wo sie seit langem selbst leben.

Nach der Lektüre der mehr als optimistischen Schilderungen schrieben diese Arbeiter an die Redaktion der genannten Zeitung einen langen Brief, den sie folgendermaßen einleiteten:

Moskau, den 22. XII. 32. Jüni ausländische und zwei russische Arbeiter schreiben gemeinsam diesen Brief. Wir haben Ihre Sondernummer gelesen und sind empört über die unwarthafte und febrile Art Ihrer Berichterstattung und fordern Sie auf, im Interesse der Arbeiterklasse und der Wahrheit folgende Verichtigung zu bringen:

Der Ton tiefer Verärgerung und Empörung klingt durch den ganzen Brief, dessen Inhalt uns durch Zufall zur Kenntnis kam. Da er in keiner Form einer Zeitungsberichtigung im Sinne des § 11 des deutschen Reichspressgesetzes nicht entspricht, hatte die Redaktion den äußeren Grund, die Veröffentlichung abzulehnen. Wir lassen im folgenden einige Stellen aus dem umfangreichen Schreiben folgen, das sich in seinen Ausführungen immer auf die Artikel in der „Welt am Abend“ bezieht:

„Der Arbeitsschil, d. i. der Arbeiter, hat in den russischen Betrieben keinerlei Aufsichts- und Beschwerderechte. Die ihm rein formal zustehenden Beschwerderechte führen zum Partkom. Diese Instanz und die Betriebsdirektion sind Parteibonzen, sie helfen niemals dem Arbeiter, sondern schaden ihm, sofern er mangelnd wird, nach Sibirien ab. Ebenso, wie es früher der Fall mit unbehaglichen Menschen war.“

Die Wartezeit.

Zogenannte Wartezeit wird in den meisten Fällen überhaupt nicht bezahlt. Wenn aber der geschädigte Arbeiter über so und solche Ansuchen erzwungen hat, daß er die gesetzliche Zahlung in Höhe von 50 Prozent eines Durchschnittslohnes bekommt (die „Welt am Abend“ will den Eindruck erwecken, als ob 100 Prozent bezahlt würden), dann wird vom Arbeiter über das letzte Rechnungsjahr Lohnabrechnung verlangt, um den Durchschnitt (Wktion) zu errechnen. Bei den russischen Virois sieht es aber aus wie bei einem Lumpenhändler und sowohl der Arbeiter als auch der Anstellte im Büro wechselt im Jahr wegen der miserablen Löhne zwei- bis dreimal die Stellung. Es ist also in den meisten Fällen nicht möglich, den dokumentarischen Nachweis über sein Einkommen nachzuweisen. Der Durchschnitt von 50 Prozent ist also ziffernmäßig nicht fahbar und damit entfällt die Zahlung der Wartezeit überhaupt gemäß russischem Gesetz und russischen Gewerkschaftsmethoden. So unglücklich es klingt, ist es doch richtig: der gegenwärtige Nominallohn wird nie zur Errechnung der 50 Prozentigen Entschädigung der Wartezeit eingesetzt, denn in Rußland, wo nur die Stückleistung bezahlt wird (also nur Akkordlohn gilt), ist die Errechnung des Durchschnitts fast unmöglich.“

Ausschubarbeit — „Kontierrevolutionär“.

„Ausschub für den nicht der Arbeiter verantwortlich ist, wird auch vom Kapitalisten bezahlt. Es besteht also keine Verantwortung, dies als Sowjeterrungenschaft hervorzuheben. In dieser Verbindung möchten wir aber darauf hinweisen, daß es bei uns in Deutschland und in Amerika ziemlich einwandfreie Methoden, nach denen Schuld oder Nichtschuld des Arbeiters entschieden wird, gibt, während in Rußland die Betriebsparteileute ihren Rißerrevolver soweit treiben, daß sie jeden Ausschub, also jeden Abfall der Produktion, als „Kontierrevolutionär“ hinstellen verstanden. Also der Arbeiter mit Ausschub bekommt nicht nur kein Geld, sondern er wird in vielen Fällen sogar offen als Schädling gebrandmarkt, obwohl das arme Luder in den allerersten Fällen die Schuld trägt. Für solche Gewerkschaften, die eigentlich nur die arbeitslosen Orans der hier geführten Expremierpolitik darstellen, muß der Arbeiter monatlich 10 Prozent seines Lohnes abgeben, ferner 5 Prozent Mord und 10 Prozent Steuer. Es ist also Schwindel, wenn es heißt, daß der Arbeiter keine Anreize hat und wenn Sie das nicht wissen sollten, dann wollen wir Ihnen gern einige Lohnabrechnungen einsenden.“

Viele Mercedes — keinen Abort.

Aus dem „Fonds für Besserung der Lebensbedingungen“ zahlt man die öffentlichen sozialen und hygienischen Einrichtungen, die der bürgerliche Staat teils in privater, teils in öffentlicher Hand schon zu Wilhelm's Zeiten als notwendig

betrieben hat. Wir begreifen also nicht, was Sie für ein großes Theater um diese Frage machen, zumal auch Ihnen bekannt ist, daß aus diesem Fonds auch die Cadillac, Lincoln, Packard, Mercedes usw. finanziert werden, die für die „Berren“ Parteikonzepte gekauft werden. Moskau allein besitzt 800 Packard, 300 Lincoln, 120 Cadillac, während der Arbeiter zerlump und zertriften wegen der Wohnungsnot buchstäblich auf der Straße vegetiert oder im „Oberschiede“ d. i. Arbeitslosenstahl, auch nichts zu fressen hat. Es ist Ihnen auch bekannt, daß es in den Betrieben und auch in der Stadt nicht einen einzigen Abort gibt, der mit einem deutschen Konfurrenzen könnte. Garderoben gibt es entweder gar nicht oder man kann, sofern eine Imitation vorhanden ist, nichts abgeben, aus Furcht vor den Wanzen und Läusen, Krankheitskeimen und Dichen. Die Neubauten, die Sie so gerne photographieren, müssen Sie von innen photographieren. Auf 20 Quadratmeter kommen 4 Menschen und auf 80 Quadratmeter (also für 16 Menschen) eine Küche von 18 Quadratmetern. Dabei gibt es Wanzen und Schwaben, gegen die wir an Ordnung gewöhnten Ausländer selber machlos sind, weil sie durch die bis 1 Zentimeter starken Ritze in Türen, Decken und Wänden von den Nachbarnwohnungen neu einwandern. In den Häusern ist Zentralheizung, es wird aber nur jeden dritten Tag geheizt und wir sitzen stets mit unteren Wintermänteln im Innern und frieren. Für 16 Menschen gibt es in der Küche einen dreiflammigen Gasherd, Gas gibt es aber jeden Vormittag nur 2 Stunden und abends 3 Stunden. Dieses Zimmer ist die „Wohnung mit Komfort“, wie Sie schreiben (im Badezimmer wohnen auch zwei Menschen). Und dieses Zimmer kostet 36 Rubel, Licht, Gas, Wasser extra!“

Der Reallohn.

„Der Arbeiter verdient, wie Sie richtig angeben, 700 bis 1300 Rubel, d. i. im Monat etwa 100 Rubel, in einer Woche 25 Rubel. Die Lebensmittel kosten heute, am 22. XII. 32, wie folgt:

1 kg Rife	14.—	Rubel	(28.— Mt.)
1 „ Zerkoffsch	18.—	„	(36.— „)
1 „ Zerkoffsch	21.—	„	(42.— „)
1 „ Kartoffeln	22.—	„	(44.— „)
1 „ Butter	28.—	„	(56.— „)
1 „ Kefir	1.50	„	(9.— „)
1 „ Zucker	14.—	„	(28.— „)
1 „ Fisch	3.20	„	(6.40 „)
1 „ Salzheringe	6.50	„	(13.— „)
1 Zid. Zwiebel	—35	„	(—70 „)
1 „ Mandarine	3.—	„	(6.— „)
1 „ Birne	2.—	„	(4.— „)
1 Tafel Schokolade	3.25	„	(6.50 „)
1 Sa. Kaffee	7.10	„	(14.20 „)
1 Sa. Ei	—50	„	(—1 „)
1 Liter Milch	5.—	„	(10.— „)

Diese Preise klingen so ungeheuerlich, daß man sie für Schwindel ansehen möchte. Die „Welt am Abend“ kann sich aber durch ihren Moskauer Korrespondenten persönlich davon überzeugen, und gegebenenfalls übergeben wir der deutschen Öffentlichkeit amtlich gestempelte Preislisten.“

Deutsche Zustände — Rimme s-musik.

„Die regelmäßigen Lebensmittelpreise von Lieg in der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ und „Welt am Morgen“ beschlagnahmt der russische Kumpel wie Himmelsmusik, wenn wir überlegen . . . Als wir vorlesen, daß Sie in der Zeitung schreiben, der Arbeiter bekomme im Betrieb für 40 bis 50 Rubeten ein aus drei Gängen bestehendes Essen, wovon ein Gang Fleisch sei, erregte sich die ganze russische Arbeiterklasse und ein russischer Genosse sagte: „Rudibler“, das ist der größte russische Fluch. So erregt waren die Leute über Ihre unrichtige Berichterstattung, denn sie bekommen im Betrieb nur eine Schüssel napperittlichen Fraß (kein Fleisch) für 40 Rubeten, den in Deutschland kein Arbeiterbesitzer verschlingen würde.“

Die Soldatenscheiter im „Monopol“.

In bestehendem Zerkasmus stellen dann die Briefschreiber einige Tatsachen über die Magazine und die Möglichkeiten des Theaterbesuches durch die Arbeiter fest, wie sie sie im Gegenpart zu den Berichten in der „Welt am Abend“ erleben, und fahren dann in Verbitterung fort: „Neben dem Artikel „Moskau neues Gesicht“ von Volkan-Gourier (Paris) verliere ich kein Wort. Denn dieser Soldatenscheiter ist, wenn er in Moskau ist, regelmäßig mit vollem Bauch im Metropol, das ist das luxuriöseste Hotel Moskaus für die Volant-Touristen. Dort wohnt auch Max Höls. Ebenfalls unter lieber Alfons Soldatenscheiter, der jetzt schon einen Tischchen bekommt und kurzatmig wird, schläft: Stammpast dort.“

„Seid ehrlicher.“

„Neben dem Aufbau der Industrie und Landwirtschaft lassen wir uns so: Als Klassenbewußte Arbeiter kritisieren wir zwar alle Missetaten, aber der Industrie stellen wir unser ganzes Können rückhaltlos zur Verfügung, weil wir wissen, was ein Beschlag für die internationale Arbeiterklasse bedeuten würde. Wenn die russische Politik jedoch weiter antreiben wird, bringt aber lang oder lang alle platonischen, Arben den sozialdemokratischen Tagesmeldungen ist es Tatsache,



Treu sind die Freunde
der Palaba-Batterien, die sie erprobt haben und die Gründe ihrer Beliebtheit erkannten. Jede Palaba hat drei Merkmale, die sie zur Palaba machen: das helle Licht, die lange Leuchtkraft und die garantierte Verlässlichkeit.

daß die Versorgung bis dato schlechter und schlechter geworden ist. Dieses Jahr sind von der gesamten Anbaufläche nur 58 Prozent bearbeitet worden und diese bebaut Fläche hat nur 52 Prozent Ertrag gegeben. Der deutsche Landwirt arbeitet mit ca. fünfmal höherem Durchschnitt je verarbeiteter Hektar. Das ist das Fazit aller Kriegsmeldungen von der sogenannten Agrarfront. Die Auswirkungen dieser Kolonialpolitik muß der Prolet tragen . . . Mit leerem Magen wird der russische Prolet niemals die Arbeitsfreude haben, die notwendig wäre, um ihn richtig anzulernen in der Industrie. Die teuersten Maschinen gehen hier kaputt, als wenn sie vom Himmel fielen. Die Industrie, die den Arbeitern Hungerlöhne zahlt, einen großen Teil ihrer Produkte unter den Gestehungskosten exportiert (hier in Moskau wird das Dumping von Parteimaschinen offen zugegeben, weil anders keine Möglichkeit zur Devisenschaffung besteht), arbeitet mit einem Unkostenlohn in der Höhe von 600 Prozent für ihre Produktion. Einem deutschen Arbeiter kann diese Zahlen genau. Deshalb ist es verwerflich, wenn die „Welt am Abend“ in der Einleitung ihrer Sondernummer sagt, daß die russischen Arbeiter aus dem deutschen Volk den Blick in die Zukunft geben. Sieid ehrlicher, sagt wie schwer es ist, und Ihr werdet Euch die Sympathien und Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse viel schneller und gründlicher verdienen.“

Soweit der Brief der deutschen Arbeiter, der fünf Unterschriften aufweist. Er zeigt mit aller Deutlichkeit, daß selbst kommunistische Arbeiter die Vermengung zweier Dinge ablehnen: der Beziehung des russischen Wertes an sich, die wir restlos teilen, und seiner lägenhaften Ausnutzung zu Agitationszwecken für die kommunistischen Parteien anderer Länder. Damit erweist man der Arbeiterklasse keinen Dienst. Denn die Masse der Arbeiter denkt einfach und fühlt einfach und eine ungeschickte Lüge, wie sich ihrer z. B. die „Welt am Abend“ schuldig macht, muß sie in ihrem Glauben an die Möglichkeit eines sozialistischen Staatsdienstes inmitten kapitalistischer Länder tiefer erschüttern als etwa jene, die hinter die Kulissen des kommunistischen Parteipropagandatheaters wenigstens einmal einen Blick tun konnten. Die abgegriffenen und dümmsten Schlaworte gegen Sowjetrußland müssen neues Leben erhalten, wenn es offenbar ist, daß kein wahres Gefühl mit falschen Worten verdrängt wird. Welt mit Rußland nicht als Zerde einer Partei, sondern als die Anwesenheit des sozialistischen Proletariats der ganzen Welt ansehen, bedauern wir alles Schmerzlich, was die objektive Betrachtung dieses gigantischen Ringens stört und hemmt. Dazu gehören vor allem Unwahrheiten.

Angenommen, daß die Abtender des Briefes an die „Welt am Abend“ einige besonders kostbare Einzelfälle herangezogen haben, angenommen, daß sie in ihren Hoffnungen und Erwartungen, in Rußland etwa eine fertige sozialistische Welt im geordneten Verhältnisse vorzufinden, schwer enttäuscht wurden: ihre Bitterkeit und Empörung sind doch der beste Beweis dafür, wie physchologisch falsch die diese Schönfärberei und die Phrasen vom „Paradies der Arbeiter“ sind. „Seid ehrlicher! Sagt, wie schwer es ist!“ Diese Aufforderung an die „Welt am Abend“ ist eine Mahnung an die gesamte westliche kommunistische Presse und ihre Rommandeute, das heroische Geschehen in Rußland nicht kleiner und einfacher erscheinen zu lassen, als es in Wirklichkeit ist. Das russische Feldenkamp von Bau einer neuen, einer sozialistischen Welt ist in seinen Wahrheiten so gewaltig, daß es keiner Fälschungen bedarf, um jeden halbwegs denkenden Arbeiter und jeden aufrichtigen Freund der Arbeiterklasse zu erregen und ihn in tiefer Seele wünden zu lassen, daß es sich zu schöner Harmonie vollende. L. B.

